

# **Jochen Flasbarth**

*10 Jahre Emissionshandel - Klimaschutz auf dem Prüfstand*

Keynote auf der Jubiläumsveranstaltung der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt vom 26.06.2015

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir sind im Augenblick in einer für den Klimaschutz wirklich spannenden Phase. Das war in der Vergangenheit bereits spannend, aber jetzt ist es international, europäisch und, wenn ich das richtig wahrnehme, auch national besonders spannend. Wir haben noch eine Menge zu erledigen und das wird in den kommenden Monaten ganz sicher noch turbulent werden. Ich will am Anfang mit der internationalen Einordnung beginnen.

Wir sind auf dem Schlussspurt zu Paris. Das ist sicherlich das Zieldatum für die globale Klimapolitik schlechthin. Wir wissen, dass wir dort zu einem Ergebnis kommen müssen, und ich glaube weltweit ist die Einsicht stark verbreitet, dass wir einen weiteren Schuss danach nicht mehr haben. In Paris muss es gelingen, nach dem Kyoto-Regime, das nun langsam ausläuft, einen wirklich weltumspannenden Klimavertrag zu bekommen. Dieser sollte nicht mehr nur auf die alten Industrieländer gerichtet sein, sondern den Fokus auch auf die Schwellenländer ausweiten, denn China ist inzwischen der größte Emittent der Welt. Die Verantwortung weiterhin ausschließlich den klassischen Industrieländern als ursprünglichen Verursachern des Klimawandels zuzuschreiben, wäre eine rückwärtsgewandte Perspektive. Dies ist nicht mehr wirklich sachgerecht, wenn man die Zukunftsprobleme lösen will.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir einen erfolgreichen und auch guten Klimavertrag bekommen werden. In der deutschen Öffentlichkeit ist das wahrscheinlich noch einmal besonders erläuterungsbedürftig, weil unser Maßstab besonders hoch ist. Ich bin aber sicher, dass wir eine Architektur bekommen werden, die robust ist und auch das Potenzial hat, für einige Dekaden wirksam zu sein. Wenn das nicht der Fall wäre, wenn die Architektur missraten würde, dann würde es sicherlich weit mehr als zehn Jahre benötigen, um das wieder zu korrigieren. Wir werden Ziele bekommen, die von den Staaten selber determiniert werden – die sozusagen eingebracht werden als Beitrag der einzelnen Staaten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Anteils als Mitverursacher des Klimawandels. Und selbstverständlich erwarten wir in Europa, als Europäische Union, wir als Bundesregierung in Deutschland, dass die Summe der Ziele dann auch ausreichend sein wird. Allein, man kann einige Zweifel haben, ob das dann auch wirklich so sein wird im ersten Anlauf. Deshalb ist all unsere Kraft jetzt in den Schlussmonaten darauf gerichtet, dass wir einen starken und gut verankerten Mechanismus bekommen, der eine Aufwärtsspirale ermöglicht. Man sollte das nicht als Ende der Veranstaltung ansehen, sondern als Auftakt in eine neue Phase der Klimapolitik.

In mancherlei Hinsicht sind wir vor Paris deutlich besser aufgestellt als vor Kopenhagen. Wir haben ein viel besseres Verständnis; ja, ich glaube, die Staats- und Regierungschefs, die handelnden Ministerinnen und Minister haben ein viel besseres Verständnis von der Multipolarität der Welt. Das ist etwas, was eigentlich gar nicht in der Klimaschutzthematik selbst begründet ist, sondern in der insgesamt veränderten geopolitischen Situation und wie man heute zu globalen Verständigungen kommt? Das konnte in Kopenhagen retrospektiv betrachtet nur schiefgehen. Man führe sich das Bild von damals noch einmal vor Augen: Der einzige Regierungschef, der nicht von seinem Platz aufgestanden und zur Bühne gegangen ist, sondern aus dem Hintergrund direkt auf die Bühne kam, war Präsident Obama. Derweil saß beispielsweise der chinesische Ministerpräsident wie alle anderen im Saal hinter seinem Schild. Dass das nicht mehr funktionieren konnte und nicht mehr mit dem Selbstbewusstsein von Regierungen aus anderen Teilen der Welt zusammenpasste, wissen wir heute sehr viel besser. China, Brasilien, Südafrika, auch Indien, wenn auch noch zögerlich, spielen inzwischen nicht mehr nur eine beobachtende Rolle an der Seitenauslinie, sondern eine stark gestaltende. Und genauso muss es sein, wenn wir zu einer guten Verständigung kommen wollen. Wir sind in einer weit besseren Phase als vor Kopenhagen. Klimaskepsis mag es irgendwo noch in esoterischen Zirkeln geben, sie spielen aber für Regierungen überhaupt keine Rolle mehr. Auch wenn man sich die Äußerungen in den USA anhört – übrigens auch von der Industrie – sagen diese, das ist nicht mehr das, was sie in irgendeiner Weise leitet. Ich sehe diese Einflüsse beruhigenderweise nirgends mehr von Relevanz.

Wir haben heute ein größeres Problembewusstsein. Es mag nicht immer wissenschaftlich ganz korrekt sein, dass wir die einzelnen Wetterereignisse grundsätzlich mit dem Klimawandel verbinden. Aber die öffentliche Wahrnehmung ist so, und sie ist letztlich auch richtigerweise so, weil die Häufigkeit der Extreme zunimmt, auch wenn man das wissenschaftlich nicht von jedem einzelnen Ereignis sagen kann. Manchmal ist das verstärkte Klimaschutzengagement auch aus anderen Quellen motiviert: In China beispielsweise sind Klimaschutzmaßnahmen sehr stark von der städtischen Luftbelastung her getrieben.

Und ein weiterer Unterschied zur Kopenhagen-Zeit: wir haben in zunehmendem Maße auch die technologischen Möglichkeiten. Das heißt, die Vorstellung wir müssen ehrgeizig im Klimaschutz sein, ist nicht mehr mit der rückwärtsgewandten Frage gekoppelt, ob das eigentlich zu etwas wie einer Deindustrialisierung führe. Heute haben wir nicht nur technologisch die Fähigkeiten, die Energie klimaneutral zu erzeugen, sondern in vielen Regionen der Welt wird dies sogar ökonomisch zur vorteilhafteren Alternative im Vergleich zu einer fossil-nuklearen Energieversorgung gesehen.

Von ganz zentraler Bedeutung ist sicherlich die Dynamik, die wir in zwei wichtigen Ländern haben, nämlich in China und in den USA, zugleich den beiden größten Emittenten von Treibhausgasen. In den USA geht diese Bewegung in der zweiten Amtszeit von Obama ganz stark mit einem sehr klaren Bekenntnis zum Klimaschutz einher. Immer wissend, dass es Restriktionen gibt, denn die Mehrheiten im Kongress und im Senat erlauben bestimmte Maßnahmen nicht. Das wiederum hat inzwischen zu einem größeren Verstehen der amerikanischen Position auch in Europa und anderen Teilen der Welt geführt. Obama will und wird seine nationalen Möglichkeiten über den Clean Air Act ganz klar nutzen, um zum weltweiten Klimaschutz beizutragen.

Und schließlich und endlich die Rolle Chinas, die einen enormen Veränderungsprozess erfährt. Ich war gerade dort und hatte in einem Kreis von internationalen Beratern die Ehre, den nächsten Fünfjahresplan unter Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten zu begutachten. Dabei ist deutlich geworden, wie klar die chinesische Führung inzwischen den Umweltschutz im Zentrum der Politik sieht. Die Klarheit der Analyse, dass der Klimawandel eine Bedrohung für die weltwirtschaftliche Entwicklung darstellt, führt bei den Chinesen als Weltwirtschaftsmacht zu der schlichten wie richtigen Erkenntnis, dass der Klimawandel natürlich vor allem auch Auswirkungen auf die eigene Volkswirtschaft haben wird und damit von größter Relevanz für die Frage ist, ob die chinesische Regierung es schafft, Prosperität für den größeren Teil der immer noch ökonomisch hinterherhinkenden Bevölkerung zu organisieren.

In dem derzeitigen internationalen Geschehen spielt ganz sicher der jüngste G7-Gipfel in Elmau eine große Rolle. Ich glaube, Deutschland nutzt seine G7-Präsidentschaft zu unserer großen Freude als Umweltministerium sehr gut. Wir sind froh, dass die G7 ein ganz klares unkonditioniertes und eindeutiges Bekenntnis zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft in diesem Jahrhundert abgegeben hat. Das darf man nicht zu gering schätzen. Das ist ein wirklich starkes Signal. Und wer das nicht ernstnimmt, der wird wirtschaftlich in schwereres Wasser geraten. Das sind nicht nur die Realmärkte, auf die das Einfluss hat, sondern in zunehmendem Maße, wie wir sehen, auch auf die Finanzmärkte und diese dann über ihre Steuerungskraft auch wiederum zurück auf die Realmärkte. Ich will an dieser Stelle kurz die EU überspringen, um dann wieder beim Emissionshandel zu landen. Ich glaube, es ist angesichts der aktuellen Debatten in unserem Land vernünftig, wenn ich kurz auf die nationale Situation schaue.

Bundesministerin Hendricks hat Anfang 2014 eine Aufklärung erbeten, wie weit wir denn auf dem Weg zu unseren 2020-Zielen – nämlich 40 Prozent Treibhausgasminderung im Vergleich zu 1990 – seien. Sie wollte sich einen aktuellen/realen Überblick verschaffen und das ist auch richtig so, denn sie ist die letzte Ministerin, die zur Erreichung des Klimaschutzes noch etwas Relevantes ausrichten kann. Alles, was bis 2017 nicht erledigt ist, wird kaum noch Auswirkungen auf 2020 haben können – außer man denkt an äußerst brachiale Maßnahmen.

Wir haben eine Politiklücke im nationalen Klimaschutz festgestellt, die zu einer Verfehlung unseres Klimaschutzziels führen würde. Aber das will ich alles gar nicht im Einzelnen hier aufblättern, sondern gleich auf den Kern des Streits kommen: das ist der Beitrag der Stromwirtschaft, mit einer zusätzlichen Minderung von 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zur Schließung der Lücke beizutragen. Jeder konnte das auf quasi offener Bühne über die letzten Wochen verfolgen. An eine solch verbissene Debatte im Umweltschutz kann ich mich wirklich seit Langem nicht mehr erinnern. Es gab einige ernstzunehmende Argumente in diesem Zusammenhang, aber auch unglaublich viel Unfug. Das hat unterschiedliche Ursachen. Vielleicht sind es Menschen, die es nicht besser wissen – das kann man noch einigermaßen verzeihen. Es gab aber auch Böswilliges, sicherlich Opportunistisches. Es gab einerseits bedenkenswerte Argumente von Gewerkschaften, aber andererseits auch strukturkonservatives und rückwärtsgewandtes Verständnis von Arbeitnehmervertretung. Das war schon sehr eindrücklich. Hinter all dem steht natürlich auch, dass es in den betroffenen Regionen eine tief verwurzelte Angst und Sorge gibt. Anders könnten Polemiken und Opportunismus gar nicht wirken, wenn sie nicht irgendwo einen Boden in der Bevölkerung hätten. Es geht um Sorgen: Wie geht das eigentlich weiter? Ist mein Arbeitsplatz gefährdet? Was hat das für Auswirkungen auf meine Familie, auf meinen Freundeskreis? Ich finde diese Debatte muss man wirklich sehr, sehr ernst nehmen. Sich darüber einfach hinwegzusetzen und zu sagen, das wäre nur Geplapper und die Nettobilanz von Jobs ist eben positiv, ist nicht angemessen. In diesem Spannungsverhältnis befinden wir uns. Ich bin aber davon überzeugt, dass selbst dann, wenn wir ein Ergebnis bekommen, das nicht ganz exakt das ist, was wir haben wollten oder wollen, eins ganz deutlich wird: Wir beginnen jetzt mit dem Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle. Da bin ich absolut sicher und das ist auch richtig. Diese Debatte muss jetzt geführt werden in aller Leidenschaftlichkeit, in aller Präzision und natürlich auch mit Augenmaß.

Niemand, glaube ich, will Strukturbrüche. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Ich weiß, was wirtschaftliche Veränderungsprozesse in einer monostrukturell geprägten Region bedeuten. Daraus haben wir auch viel gelernt. Deutschland kann im Grunde mit solchen Dingen umgehen. Und jetzt geht es darum, dies in einen wirklich geordneten Prozess zu bringen und zu verstehen, dass es nicht mehr nur darum geht, wie wir zusätzliche erneuerbare Energien auf das Dach oder auf die Felder bekommen. Das können wir alles. Wir wissen, wie es geht. Manchmal bremsen wir sogar ein bisschen. Das ist nicht der Punkt, sondern es geht darum, wie wir eine systematische Umorientierung des gesamten Energiesystems bewerkstelligen. Natürlich ist Deutschland nicht isoliert. Wir sind eingebettet in die Energie- und Klimapolitiken unserer Nachbarn, auch in einem größeren Kontext, aber natürlich zu allererst unserer Nachbarn und damit Europas und der EU.

Und damit bin ich endlich beim Emissionshandel, der die Verknüpfung in gewisser Weise von globaler und nationaler Ebene darstellt. Das ging in der Tat los mit Kyoto. Man hat erst nicht so direkt gesehen, was eigentlich mit solchen Begriffen wie „flexible Mechanismen“ gemeint war und auch nicht, wie man sich darauf einzurichten hatte. Es gab dann übrigens erste Vorreiter aus der Industrie. Wer sich noch erinnert – der intern eingeführte Emissionshandel bei BP, bei dem es viel Skepsis gab, übrigens auch bei den NGOs: Ist das eigentlich so eine Art Ablasshandel? Kann das funktionieren? Gibt es so etwas wie ein Recht zu verschmutzen? Das waren alles Debatten, die wir geführt haben. Ich kann mich erinnern: Im Nachhaltigkeitsrat hatten wir eine kleine Gruppe bestehend aus dem Vertreter des BDI, Rainer Grohe, Angelika Zahrt und ich. Wir haben einen ersten Aufschlag gemacht und uns auf etwas verständigt, das für den Wirtschaftssektor Emissionshandel und für die Verbraucher Ökosteuer hieß. Allerdings haben wir die Diskussion damals zu national geführt, und es ging an uns vorbei, dass darüber auch schon bei der EU-Kommission nachgedacht wurde. Diese hat sich dann für einen Emissionshandel auf der Ebene der Unternehmen entschieden. Und es ist wirklich ein einzigartiges Stück von Politik- und Verwaltungsgeschichte, wie dann die europäischen Beschlüsse in sehr kurzer Zeit mit dem Aufbau der Emissionshandelsstelle umgesetzt wurden.

Es war ganz sicherlich eine günstige Situation damals, dass Rainer Baake im Bundesumweltministerium Staatssekretär war. Rainer Baake, das habe ich als Naturschutzabteilungsleiter miterlebt, ist einer, der mit ganz, ganz großer Präzision und Systematik arbeitet. Für die Insider: Ich bin ganz sicher, dass es ein „Intraplan-B-Projekt“ dazu gab, wahrscheinlich korrespondierend mit einer „OLA“ bei Herrn Troge. So habe ich mir das vorgestellt. Und auch nur in dieser nüchternen, klaren und präzisen Abfolge konnte die Umsetzung des Emissionshandels in so schneller Zeit gelingen. Es war gut, dass es so war, wie es war und, dass es hier im Amt mit Präsident Troge an der Spitze gespiegelt und vor allem natürlich durch das Aufbauteam um Hans-Jürgen Nantke umgesetzt wurde.

Eine der ganz zentralen und wichtigen Entscheidungen war sicherlich, dass die DEHSt im UBA gegründet wurde. Es gab auch andere Überlegungen. Dass dieses „Baby“ in das UBA hineingeboren wurde, haben Maria Krautzberger und ich als Nachfolger von Präsident Troge sehr begrüßt. Aber ich glaube auch, dass es gut war für die neue „Behörde in der Behörde“, weil sie auf eine Struktur zurückgreifen konnte, die schon da war. Wenn man so will, und das ist ja schon vorsichtig angedeutet worden, konnte sie sich ein Stück weit aus ihr bedienen und auf den vorhandenen Sachverstand in Klimafragen sowie auf Wirtschaftssectorenwissen im Fachbereich III zurückgreifen. Alles das passte gut zusammen und war, glaube ich, eine sehr richtige Entscheidung. Ich bin 2009 aus der Rolle des Beobachters in die des Mitakteurs gewechselt. Was da entstanden war, hatte ich vorher immer nur aus dem Augenwinkel betrachtet. Ich fand dann hier eine wirklich bestens aufgestellte Administration vor, fest etabliert und gut funktionierend. Dies war einer der Bereiche, auf den man als Gesamtbehördenleiter ein besonders waches Auge hatte. Denn bei allem guten Funktionieren gibt es auch Störanfälligkeiten von außen – wie beispielsweise Phishing, Umsatzsteuerkarussell und nicht immer ganz präzises Handeln in Brüssel beim Aufbau eines europäischen Registers. Aber es war nie so, dass ich irgendwie Grund zu tieferer Sorge hatte. Ich wusste das immer in sehr guten Händen.

Heute befinden wir uns in einer Situation, in der der Emissionshandel in Europa und in Deutschland technisch funktioniert. Die DEHSt ist eine moderne Behörde, hat eine moderne Administration. Und dafür gilt mein Dank nicht nur damals, sondern auch heute aus der Funktion im Ministerium heraus, allen Beteiligten. Wenn ich sage technisch funktioniert, dann ist das erkennbar eine Einschränkung. Was technisch funktioniert, muss noch nicht wirklich zielführend sein – und in dieser Situation war der Emissionshandel in den letzten Jahren. Er war seit einiger Zeit auf dem Abwärtsweg und hat zunehmend seine steuernde Wirkung verloren. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass es ein gutes Instrument ist, einmal weil ich Ökonom bin, und wir lieben solche Instrumente, und außerdem bin ich Protestant und muss mir also diesen Teil der päpstlichen Kritik nicht zu Eigen machen. Aber selbst, wenn es verwaltungsschlank ist und im Vergleich zu einem detaillierten Ordnungsrecht sicherlich viele, viele Vorzüge hat, ist es eben nicht für Null zu haben. Und ohne ausreichende Steuerungswirkung wegen eines ausbleibenden relevanten Preissignals würde sich eben auch ein Emissionshandelssystem delegitimieren. Die Situation kam durch eine massive Überallokation mit Zertifikaten zustande. Das hatte vielerlei Gründe. Nicht nur die Wirtschaftskrise – die sicherlich auch. Aber wenn es ein rein wirtschaftlicher externer Impuls wäre, ausgelöst durch Krise oder Boom, dann müsste das Instrument, wenn man nach dem Lehrbuch geht, trotzdem funktionieren. Hat es aber nicht, weil es darüber hinaus weitere Überallokationen u.a. aus den flexiblen Mechanismen gab. Die Zahl der Zertifikate, die von extern dazugekommen ist, wurde anfangs einfach unterschätzt. Es gab auch immer wieder das Problem, dass wir zu viele Ausnahmen hatten. Deshalb war das Klagen darüber, dass der Staat jetzt eingreift und nachjustiert aus Kreisen derer, die auch ein Stück dafür gesorgt haben, dass einiges nicht ganz so stringent ist wie es hätte sein können, zuweilen zweifelhaft.

Wir standen deshalb in Europa vor der Frage, ob wir uns von diesem Instrument verabschieden sollten. Oder sollte man andere Instrumente hinzufügen, wenn der Emissionshandel allein nicht ausreichend wirkt? Es gab erkennbare Ausweichbewegungen, wie zum Beispiel in UK mit dem Floor-Preissystem und mit den zunehmenden Rufen nach ergänzender Steuer, nach ergänzendem Ordnungsrecht.



Das alles sind Indizien dafür, dass jedenfalls die zentrale steuernde Rolle doch schon deutlich in Frage gestellt war. In dieser Situation hatte Deutschland durch sein desaströses Auftreten in der letzten Legislaturperiode in Brüssel – die ständige Sprechunfähigkeit wegen der dauerhaften Nichteinigung zwischen Wirtschafts- und Umweltminister – auch einen Beitrag geleistet. Deshalb war ich froh, dass wir mit dem Koalitionsvertrag 2013 ein ganz klares Bekenntnis zur Reform des Emissionshandels verankert haben und BMUB und BMWi in der neu entstandenen Verbundenheit Anfang 2014 Eckpunkte zur Umsetzung vereinbart haben. Sehr schnell haben wir dann im gesamten Ressortkreis entschieden, dass die Back-Loading-Mengen dauerhaft vom Markt genommen und in die Marktstabilitätsreserve überführt werden sollten. Wir haben uns für ein sehr frühzeitiges Eintreten der Marktstabilitätsreserve eingesetzt, nämlich schon 2017. Das haben wir jetzt zwar nicht ganz erreicht, aber ich bin trotzdem sehr zufrieden. Das Entscheidende war nämlich, dass die Mengen nicht wieder zurück in den Markt kommen und damit völlig diffuse Marktsignale ausgesendet werden. Wir sind sehr, sehr zufrieden mit dem, was im Trilog herauskommen ist. Das ist ein guter Startpunkt für weitere Reformen, und wir sind da noch nicht am Ende. Kommissar Arias Miguel Cañete hat mir gerade wieder gesagt, dass die Kommission noch in den nächsten Wochen weitere Vorschläge für die Ausgestaltung der nächsten Handelsperiode vorlegen wird. Da müssen wir wiederum darauf achten, dass sie robust und ambitioniert sind, damit dieses Instrument eine Legitimation hat und nicht durch eine Vielzahl weiterer konkurrierender Instrumente am Ende entwertet wird.

Natürlich müssen wir für saubere Carbon-Leakage-Regeln sorgen. Es ist nicht im Interesse Deutschlands, es ist auch nicht im Interesse des Umwelt- und des Klimaschutzes, wenn Unternehmen wegen unserer Klimaschutzregulierung aus dem Land getrieben werden. Man muss es eben präzise machen. Das ist mein Appell immer auch an die Unternehmen gewesen. Jeder, der besonders betroffen ist von internationalem Wettbewerb in einer energieintensiven Branche, und der zulässt, dass Leute im Kielwasser mitschwimmen, obwohl sie eigentlich nicht privilegiert gehören, gefährdet die Carbon-Leakage-Regeln insgesamt. Sie können alle davon ausgehen, dass wir in der Bundesregierung hohes Einvernehmen haben. Wir wollen robuste Carbon-Leakage-Regeln, die für unsere Unternehmen auskömmlich sind, aber eben auch nur für die, die es wirklich brauchen.

Ich bin zuversichtlich, dass der Emissionshandel auf dieser Basis auch in der nächsten Dekade eine gute Rolle spielen wird. Es entstehen Emissionshandelssysteme auch international an mehreren Stellen; in Nordamerika nicht auf Bundesebene, aber auf regionaler Ebene. In Korea, in China, wo er in einigen Provinzen etabliert ist und jetzt auf die nationale Ebene hoch geht. Hier hat die DEHSt mit der Beratung der chinesischen Behörden wirklich international eine hervorragende Rolle beim Capacity Building gespielt.

Diese Emissionshandelsstelle lebt von ihrer Seriosität, von ihrer, sagen wir mal, Unbeeinflussbarkeit in ihrem korrekten Verwaltungshandeln. Das gilt für Behörden ganz generell, aber an der Stelle, wo man mit einer neuen Währung arbeitet – und das war ja praktisch der Fall – ist das sicher besonders wichtig. Es wurde eine moderne Infrastruktur gleich von Anfang an aufgesetzt. Stichwort IT-Vorgangsbearbeitung: Das hatte sicher auch etwas damit zu tun, dass die Behörde im Grunde privilegiert war, dass sie es neu aufsetzen konnte und nicht mit vielen verschiedenen Prozessen, die etabliert waren, konfrontiert war. Da zuzugreifen, das zu machen, das ist sicherlich einer der Erfolgsbausteine gewesen, nebst einem guten Management und einer internationalen Perspektive und Orientierung – nicht als Schwerpunkt, aber als eine Facette der Arbeit.

Abschließend danke ich allen Beteiligten, den damaligen und den heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im UBA und speziell in der DEHSt. Allen voran gilt mein Dank, dem jetzt ausscheidenden Leiter der Emissionshandelsstelle Dr. Hans Jürgen Nantke für seine herausragende Arbeit in verschiedenen Funktionen im UBA und zuletzt eben für den so gelungenen Aufbau des Emissionshandels in Deutschland.